



Eine Kita in Sachsen-Anhalt: Vor allem Investitionen in Bildung lohnen sich.

dpa

Staatsausgaben

Ein Investitionsplan für Jamaika

Eine Bertelsmann-Studie berechnet die volkswirtschaftlichen Effekte von Investitionen. In Ganztagschulen und Kitas ist das Geld besonders gut angelegt.

Klaus Stratmann Berlin

Wie viel Geld die künftige Bundesregierung für die Umsetzung ihrer Vorhaben zur Verfügung hat, ist klar: Allen bislang bekannten Schätzungen und Berechnungen zufolge beläuft sich der Spielraum für die neue Legislaturperiode auf rund 30 Milliarden Euro. Wie setzt man das Geld am sinnvollsten ein? Eine im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erstellte Studie, die dem Handelsblatt vorliegt, gibt den Unterhändlern eines möglichen Jamaika-Bündnisses nützliche Hinweise.

Die Autoren Tom Krebs von der Uni Mannheim und Martin Scheffel von der Uni Köln haben drei Varianten öffentlicher Investitionen analysiert: Investitionen in Ganztagschulen und Kitas, Investitionen in den Wohnungsbau sowie Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und die digitale Infrastruktur. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass alle drei Typen fiskalisch effizient sind, weil sie zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beitragen und langfristig zu einem Rückgang der Staatsschuldenquote führen.

Der Studie zufolge weisen allerdings die Investitionen in Ganztagschulen und Kitas die mit deutlichem Abstand geringste Amortisationszeit von 16 Jahren und mit zwölf Prozent die höchste fiskalische Rendite auf. Beim Wohnungsbau errechneten die Autoren eine Amortisationszeit von 26 Jahren und eine fiskalische Rendite von sieben Prozent, bei Investitionen in Verkehrs- und Digitalinfrastruktur 26 Jahre und acht Prozent.

Die Jamaika-Sondierer dürften sich für diese Zahlen interessieren. CDU, CSU, FDP und Grüne sind sich zwar in weiten Teilen einig, dass es verstärkter öffentlicher Investitionen bedarf, um Deutschland fit zu machen für die Zukunft. Dass dabei den Bereichen Bildung, Wohnen und Infrastruktur eine besondere Bedeutung zukommt, dürfte ebenfalls

„Wir brauchen eine Investitionsagenda, die den Wohlstand sichert.“

Aart de Geus
Bertelsmann Stiftung

unbestritten sein. Über Umfang und Ausgestaltung bestehen jedoch unterschiedliche Auffassungen. So wollen FDP und Union einen nennenswerten Betrag der zur Verfügung stehenden 30 Milliarden Euro auch in Steuererleichterungen investieren.

Das Thema Investitionen steht seit Monaten weit oben auf der politischen Agenda. Der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte in der vergangenen Legislaturperiode eine breite Debatte über Investitionen angestoßen und eine Expertenkommission unter Leitung von DIW-Präsident Marcel Fratzscher ins Leben gerufen. Die empfahl, die existierenden Möglichkeiten der öffentlichen Hand und auch die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern, etwa durch einen Investitionspakt für Kommunen, durch die Errichtung von Infrastrukturgesellschaften und eine stärkere Selbstbindung des Staates. Teile der Empfehlungen wurden umgesetzt.

Die Autoren der Bertelsmann-Studie nahmen die gesamtwirtschaftlichen, fiskalischen und verteilungspolitischen Effekte verschiedener öffentlicher Investitionen unter die Lupe. In ihren Berechnungen simulierten sie eine dauerhafte Steigerung der Investitionstätigkeit ab 2018 bis zum Jahr 2050. Sie unterstellen dabei eine langfristige Erhöhung der Bildungsinvestitionen um rund zehn Milliarden Euro pro Jahr sowie der Investitionen in Wohnungsbau und Infrastruktur um jährlich jeweils fünf Milliarden Euro. In ihren Berechnungen erfolgt die Implementierung der Investitionen schrittweise. In den kommenden vier Jahren belaufen sich die zusätzlichen Ausgaben auf insgesamt 40 Milliarden Euro. Ab 2022 wird im Modell die öffentliche Investitionstätigkeit auf über 20 Milliarden Euro pro Jahr gesteigert.

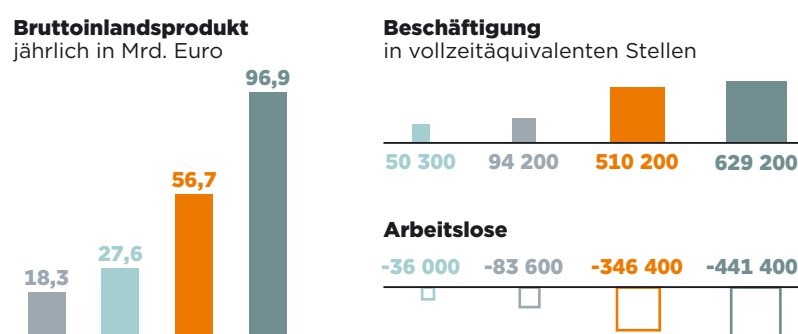
Wachstumsschub

Die Simulation macht deutlich, dass Investitionen das Wachstum stärken, die Beschäftigung steigern und somit Wohlstand schaffen. Würde der Staat die öffentlichen Investitionen aus den vorhandenen Überschüssen finanzieren und diese nicht zur Steigerung konsumtiver Ausgaben oder für eine sofortige Schuldentilgung nutzen, prognostizieren die Rechenmodelle mehr als 600 000 zusätzliche Arbeitsplätze und ein um knapp 100 Milliarden Euro höheres Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis zum Jahr 2050.

Gleichzeitig würde die Armutsquote um einen Prozentpunkt schrumpfen und die Zahl der Langzeitarbeitslosen um knapp 350 000 gesenkt, so die Autoren. Trotz der Ausgabensteigerung würden die Staatsschulden um rund 150 Milliarden Euro sinken, rechnen sie vor. „Die Bundesrepublik braucht eine Investitionsagenda, die den Wohlstand zukünftiger Generationen sichert. Zukunftsinvestitionen sind das Gebot der Stunde“, kommentierte Aart de Geus, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung, die Studienergebnisse.

Szenarien für öffentliche Investitionen

■ Wohnungsbau ■ Infrastruktur ■ Bildung ■ Investitionspakt



Alle Angaben sind inflationsbereinigte Veränderungen der jeweiligen Variablen bis 2050 im Vergleich zu ihrem Ausgangswert 2017. HANDELSBLATT // Quelle: Bertelsmann-Stiftung